



Hessische Polizei 4.0: Ohne uns ist kein Staat zu machen

Die rasante Digitalisierung stellt die Sicherheitsbehörden im Bund, wie auch in den Ländern, vor erhebliche Herausforderungen. Um Kriminalität erfolgreich zu bekämpfen, müssen die Sicherheitsbehörden laut BKA-Präsident Holger Münch zunehmend neue Wege gehen. Der moderne Ermittler muss flexibel sein und sich schnell an neue Gegebenheiten anpassen können. „Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen aufgrund der Rahmenbedingungen, in denen Polizeiarbeit heute stattfindet, digitale, internationale und interkulturelle Kompetenzen mitbringen.“ Gleichzeitig seien sie zunehmend auf das Wissen und die Fähigkeiten von Spezialisten angewiesen. So arbeiten bei der Bekämpfung von Cybercrime Polizeibeamte und IT-Spezialisten Hand in Hand. Die Kombination beider Fachrichtungen führe zu leistungsfähigen Ermittlungs- und Analyseeinheiten, in denen die zur Bekämpfung der Cybercrime erforderliche Fachkompetenz gebündelt wird. Wer sich heute als junger Mensch bei der Polizei bewirbt, macht das ganz bewusst. Die gesellschaftspolitische Gemengelage und die anhaltende Terrorgefahr sind weitere Herausforderungen, denen sich junge Nachwuchspolizisten stellen müssen.

Konstatieren wir also, dass die zunehmenden Herausforderungen in den kommenden Jahren den Polizeibeschäftigten im Bund und in den Ländern alles, aber wirklich auch alles, abverlangen werden! Das gilt gleichermaßen für die, die schon Polizeiarbeit leisten, aber auch für die, die sich für diesen Beruf entscheiden. Hinzu kommt eine nicht zu vernachlässigende Komponente, nennen wir sie „Behördenkultur“. Wie gehen die Beschäftigten miteinander um, wie Vorgesetzte mit Nachgeordneten? Wie attraktiv ist der Polizeiberuf? Welchen Spielraum hat die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gerade dann, wenn die Dienststärken am Limit sind?

Neue sicherheitsstrategische Wege müssen beschritten werden. Die IT-Landschaften der Polizeien der Länder und des Bundes sind in vielen Bereichen nicht oder nur bedingt kompatibel. Oftmals wird nebeneinander gearbeitet, „jeder entwickelt sich weiter“. Mithin bereitet das BKA ein neues System, eFBS (einheitliches Fallbearbeitungssystem) vor. Dies könnte ein Schritt in eine gemeinsame, richtige Richtung sein. Sollte es gelingen, dass sich alle Bundesländer diesem System anschließen, wäre ein wichtiger Verbund aller Sicherheitsbehörden geschlossen.

Durch das neue BKA-Gesetz und ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 20. 4. 2016 sind rechtliche Vorgaben für eine Zentralisierung und Harmonisierung polizeilich notwendiger Daten gesetzt worden. Unter dem Titel „Polizei 2020“ werden Strategien zur Umsetzung entwickelt. Alle Bundesländer sind gut beraten, bereits jetzt an der Umsetzung mitzuwirken. Jedes Land hat spezifische Anforderungen an seine IT und nur weil das BKA als zentraler IT-Dienstleister für die Länderpolizeien tätig sein wird, bedeutet dies nicht, dass auf Länderspezifika keine Rücksicht genommen werden kann. Allerdings fehlen in den meisten Ländern bereits jetzt die personellen Ressourcen, um den derzeitigen Betrieb zu gewährleisten und gleichzeitig mit der Strategie „Polizei 2020“ unsere IT in die Zukunft zu führen. Idealerweise benötigt man hierzu Spezialisten mit Polizeierfahrung. Immense Eurobeträge werden in den nächsten Jahren in den Aufbau einer bundesweit funktionierenden Technik fließen. Die Kolleginnen und Kollegen in unseren Reihen dürfen dabei weder bei der Stellenanzahl noch bei ihrer Wertigkeit vergessen werden.

Der Digitalfunk ist ein weiteres Beispiel. Unterschiedliche Netzausbaustrukturen führen u. a. dazu, dass der Digitalfunk in der föderalen Welt



Jens Mohrherr

der Polizei unterschiedlich gut (oder schlecht) funktioniert. Weiteres Beispiel: Bayern und Niedersachsen bringen polizeiliche Messenger (Def.: Kommunikationssoftware und Infrastruktur für mobile Endgeräte und Clients, bei der sich zwei oder mehrere Teilnehmer aus einem gesicherten Übertragungsweg Textnachrichten, Multimediadateien und sonstige Dokumente übermitteln können und diese verschlüsselt abgelegt werden können), für ihre Beschäftigten auf den Markt. Bayern arbeitet mit einem Mobilfunkanbieter (Vodafone) zusammen. Die bayerischen Kolleginnen und Kollegen hatten Gelegenheit, in einem landesweiten Pilotversuch die neue Technik ausgiebig in der Polizeipraxis zu testen.

Fazit: Der Messenger ist als wichtiges Werkzeug für die Einsatzunterstützung von den Beschäftigten angenommen worden. Was geschieht in Hessen? Wann werden wirksame Entscheidungen getroffen, damit

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

auch die hessischen Polizeibeschäftigten schnell über solche Kommunikationsmedien verfügen?

Längst haben die Verantwortlichen in Bund und in den Ländern Abkehr von ihrer desolaten Personalpolitik der zurückliegenden Jahre und Jahrzehnte genommen. Eiligst werden und wurden Gegenmaßnahmen ergriffen, das Delta der bundesweit fehlenden Polizeibeschäftigten bezifferte der GdP-Bundsvorsitzende Malchow Anfang August mit 20 000 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten. Vor allem ist eines klar: Der Kampf um die besten Köpfe auf dem Arbeitsmarkt hat längst begonnen. Bedingt durch die Bundestagswahl und Landtagswahlen – Hessen wählt bekanntlich Ende 2018 – rückt das Thema der inneren Sicherheit deutlich in den Fokus. Im hessischen Doppelhaushalt für 2018 und 2019 dürfen die Sparvorhaben der Landesregierung ausdrücklich keine Grenzen set-

zen, wenn es um die innere Sicherheit geht. Es braucht ein deutliches Mehr an Personal, Technik sowie nachhaltigen Perspektiven für die Polizeibeschäftigten. Bedingt durch Mehreinstellungen sind Stellenhebungen und zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten mehr als notwendig, um den momentanen desolaten Stellenkegel wirksam zu verbessern.

Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger (Grundversorgung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung) darf nicht zum beliebigen Thema in Wahlkampfzeiten in den Mittelpunkt politischen Handelns gerückt werden. Sie muss dauerhaft, nachhaltig und wie eingangs beschrieben, in die Zukunft gerichtet sein. Auch durch die starken Pensionierungswellen in den nächsten Jahren müssen neben deutlichen Mehreinstellungen auch IT-Spezialisten den Weg in die hessische Polizei finden!

BJA-Präsident Münch wurde dazu eingangs zitiert. Alle vorgenannten

Maßnahmen sind notwendig und belasten die Haushaltskasse des Landes Hessen. Der hessische Finanzminister freute sich im August 2017 darüber, dass er wahrscheinlich auch in diesem Jahr eine „schwarze Null“ schreiben kann. „Hessen hat sich im Haushalt Spielräume erarbeitet. Wir werden zum zweiten Mal in Folge alte Schulden tilgen können“, prognostiziert Dr. Schäfer in einer Pressemeldung. Hierzu haben besonders die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Hessen einen erheblichen Beitrag in den zurückliegenden Jahren geleistet!

Mit welchem Schwerpunkt die Polizeibeschäftigten im Doppelhaushalt rechnen können, wird sich in den kommenden Wochen nach Bekanntgabe und Veröffentlichung des Haushaltsentwurfes zeigen. Resümierend darf letztlich festgestellt werden, dass eine explizite Bewertung des vorgelegten Doppelhaushaltes durch Personalräte wie Gewerkschaften gewiss sein wird!

Jens Mohrherr

JUBILÄUM

Frankfurter Polizeipräsidium feierte 150. Geburtstag

Wenn ein Polizeipräsidium Jubiläum feiert, denkt man sofort an die Nachkriegszeit nach Inkrafttreten der Hessischen Verfassung am 1. Dezember 1946. Auch mit diesem Rückblick – kurz überschlagen – handelt die Frankfurter Polizei bereits seit über sieben Jahrzehnten für die Bürgerinnen und Bürger, als Teil des Landes Hessen. Der Polizeihistoriker Kurt Kraus indes hat in der anlässlich des Festaktes zum 150-jährigen Jubiläum Folgendes geschrieben: „Im Jahr 2017 kann das Frankfurter Polizeipräsidium auf sein 150-jähriges Bestehen zurückblicken. Der Werdegang ist mit einer langjährigen Entwicklungsgeschichte verbunden, die sich bis ins 2. Jahrhundert zurückverfolgen lässt: In der römischen Stadt Nida (lag im heutigen Stadtteil Heddernheim) erfüllte die berittene Truppe der Beneficarii polizeiähnliche Aufgaben.“

So weit will der Autor dieses Artikels aber nicht zurückblicken. 150 Jahre Geburtstag bedeutet für die

Frankfurter und deren Polizei eine feste Größe im Wandel der sicherlich nicht immer einfachen historischen Zeiten und Regierungsformen.

Auf eines ist und war aber in den 150 Jahren immer Verlass: auf die vielen Kolleginnen und Kollegen, die, jeder auf seinem Platz, alles für die Sicherheit und Ordnung innerhalb Frankfurts getan haben und dies auch immer noch tun!

Bei der Anreise am 24. Juni zum Tag der offenen Tür und der davor stattfindenden Feierstunde habe ich feststellen können, dass rund um das (neue) Polizeipräsidium Frankfurt die Sicherheitsmaßnahmen signifikant und damit für jedermann sichtbar waren. Es ist eigentlich schade, stellten einige Festaktgäste im Dialog fest, dass sich diejenigen, die den Staat schützen und den Bürgerinnen und Bürgern ihre Arbeit vorstellen möchten, noch mal besonders schützen müssen! Ja, die Anschlagsgefahr ist und bleibt sicherlich allgegenwärtig, sodass die Si-

cherheitsmaßnahmen auf keinen Fall kritisiert werden sollen, sie haben auch letztlich gegriffen!

In der Einladung war Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier als Festredner angekündigt worden. An seiner Stelle sprach Innenminister Peter Beuth, oberster Dienstherr der hessischen Polizei. Ob und warum der Ministerpräsident nicht anwesend war, kann an dieser Stelle nicht belegt aufgelöst werden. Sicherlich hat es aber auch mit einem „angespannten Verhältnis“ des Ministerpräsidenten Bouffier zum Frankfurter Oberbürgermeister Feldmann zu tun. Wie Volker Bouffier anlässlich seiner Buchvorstellung „Ich will jeden Tag die Welt ein bisschen besser machen“ zitiert wird, „hat Frankfurt einen besseren Oberbürgermeister“ verdient.

Im Grußwort der Festschrift zum Präsidiumsgeburtstag erklärt unser Ministerpräsident u. a.: „Unser Land braucht eine kompetente, der Demokratie verpflichtete und engagierte



JUBILÄUM



Frankfurts Polizeipräsident Gerhard Bereswill und Innenminister Peter Beuth

Polizei, die für die Bürgerinnen und Bürger eintritt. (...) Polizistinnen und Polizisten leisten für unsere Gesellschaft einen unverzichtbaren und unschätzbaren Dienst.“

Musikalisch bestens umrahmt begann der Festakt, anders als ich erwartete, in den Räumen der Kantine des Frankfurter Polizeipräsidiums. Natürlich erhofften sich viele geladene Gäste einen Festakt zur Ehren der Frankfurter Polizei in der „gut Stubb“ im Kaisersaal, dort nämlich, wo jährlich die Neuzugänge von der Stadt begrüßt werden, die bei der Frankfurter Polizei ihren Dienst beginnen. Aber auch die Kantine im Innersten der Behörde konnte sich sehen lassen! Auf-

grund der guten nachbarschaftlichen Beziehungen zum Hessischen Rundfunk unterstützte dieser gerne nicht nur mit technischem Know-how, sondern stellte zugleich einen beliebten Moderator, Herrn Robert Hübner, der nicht nur charmant, sondern auch inhaltlich bestens belesen kurzweilig durch das Programm führte. Auch zeichnete der Hessische Rundfunk für einen Trailer verantwortlich, der einen kurzen, aber gelungenen Abriss der Geschichte der Frankfurter Polizei darstellte.

Frankfurts amtierender Polizeipräsident Gerhard Bereswill begrüßte die Anwesenden mit einer Ansprache, die deutlich machte, dass er nicht nur

Spaß an seiner (oftmals anstrengenden) Funktion hat, sondern es auch verstand, alle Gäste willkommen zu heißen. „Immer neue Herausforderungen, die meisten Versammlungen mit polizeilicher Begleitung und die stetig wachsende Mainmetropole waren aus meiner Sicht die Anker einer gelungenen Begrüßungsansprache.“ Präsident Bereswill vergaß auch nicht, sich bei allen Kolleginnen und Kollegen für ihr Wirken im Sinne einer Bürgerpolizei zu bedanken und zeigte sich gut gelaunt als empathischer Gastgeber dieses Geburtstages. Die Idee, diesen Geburtstag gemeinsam mit den Frankfurter Bürgerinnen und Bürgern zu feiern, unterstreicht den Anspruch der Polizei in der Mainmetropole, gerne und gut als Bürgerpolizei zu wirken!

Der Oberbürgermeister Peter Feldmann trat nach einem musikalischen Zwischenstück an das Rednerpult. In gekonnter Manier spannte Feldmann einen Bogen durch die Stadtgeschichte Frankfurts, nicht ohne die Polizei und ihre Arbeit gebührend zu würdigen. Wer weiß heute noch, dass 1867, also im Gründungsjahr des Präsidiums, der erste Polizeipräsident Guido von Madai 100 Beamten vorgesetzt war? Auch der Brückenschlag über Handel, Politik und nicht zuletzt als Hotspot des internationalen Bankwesens gelang es Peter Feldmann, seine kurzweilige Ansprache mit einigen Anekdoten aus der Stadtgeschichte anzureichern.

Stellvertretend, wie bereits erwähnt, war als Laudator und damit Festredner der oberste Dienstherr der hessischen Polizei, Peter Beuth, an der Reihe. Insbesondere das Aufgabengebiet, mit welchem sich die Frankfurter Polizei in 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr zu befassen hat, waren aus seiner Sicht deutliche Indikatoren einer herausragenden Verantwortungsübernahme durch die Polizei für das Gemeinwesen.

Neben den musikalischen Beiträgen durch das Landespolizeiorchester Hessen kamen auch der „Polizeichor Frankfurt“ und der Männerchor „Die Preußen“ mit Liedbeiträgen bei den Gästen sehr gut an. Letztgenannte traten sogar in historischen Kostümen auf, was einen gewissen historischen Charme hinterließ.

Bevor sich anschließend die Türen und Tore des Polizeipräsidiums öffneten, hatten die geladenen Gäste noch



Moderation durch Robert Hübner vom Hessischen Rundfunk

Fortsetzung auf Seite 4



JUBILÄUM

die Gelegenheit, „an einem kulinarischen Markt der Kommunikation“ im Innenhof des Präsidiums teilzunehmen. Hier trafen sich neben zwei ehemaligen Frankfurter Polizeipräsidenten (Herr Thiel und Herr Hofmann) und einem ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten (Herr Koch) Vertreterinnen und Vertreter aus der Polizei, der Wirtschaft und Stadtgremien sowie von benachbarten Behörden und Verbänden. So unkompliziert wie der Festakt, so kurzweilig war auch dieses „Cometogether“ im Innenhof.

Es oblag im Anschluss jedem selbst, sich ein Bild von den stattlichen 74 Programmpunkten bei herrlichem Sommerwetter zu machen. Neben einer Aktions-, Präventions-, Blaulicht- und Kripomeile präsentierten sich auch weitere Institutionen. Hauptdarstellerinnen und Hauptdarsteller waren aber, ohne zu übertreiben, die vielen Kolleginnen und Kollegen. Auch unsere Hundstunde und Dienstpferde sind da natürlich mit eingeschlossen! Leuchtende Kinderaugen, fragende

Gesichter von Erwachsenen machten dem stillen Beobachter deutlich, dass die Programmpunkte Eindruck hinterließen! Geschätzt kamen mehr als 20 000 Besucherinnen und Besucher in das Polizeipräsidium, was einem 150. Geburtstag auch angemessen erscheint.

Was bleibt, sind die vielen positiven Eindrücke, die die Frankfurter Polizei bei den „Frankfurtern“ hinterlassen hat. Als Zeichen der Wertschätzung, aber auch, weil es sicherlich ehrlich gemeint ist, an dieser Stelle noch persönliche Dankesworte des Polizeipräsidenten Bereswill an die Kolleginnen und Kollegen: „In vielen persönlichen Gesprächen von Herrn Dr. Seubert und mir während der Rundgänge innerhalb und außerhalb des Präsidiums bedankten sich die Menschen für die informativen Vorträge und Führungen, für die breit gefächerten Informationsstände sowie die spannenden und abwechslungsreichen Vorführungen. Aber auch alle Standbetreiber waren begeistert von dem Interesse der vie-

len Besucher und der perfekten Organisation des Ganzen. Im Fernsehen, den Printmedien und auch in den sozialen Netzen finden Sie dieses positive Feedback an vielen Stellen. Ich glaube, dass diejenigen, die nicht teilgenommen haben, einen sehr schönen Tag verpasst haben! Ich möchte mich daher bei allen Unterstützern, Helfern, Vorführenden und Vortragenden für ihre Spitzenleistung zu unserem Jubiläum bedanken. Ihre Offenheit und Freundlichkeit hat sich auch auf die Besucherinnen und Besucher übertragen, das war deutlich spürbar. Insbesondere bedanke ich mich bei der Vorbereitungsgruppe, die seit Monaten gearbeitet hat, und bei der Einsatzleitung, die das Jubiläum leider nur in der Befehlsstelle erleben durfte. Sie alle zusammen haben mit der tollen Ausgestaltung unseres Jubiläums das Ansehen der Polizei in der Gesellschaft erhöht und auch das Vertrauen in uns gesteigert. Es war alles rundum gelungen – Danke dafür!“

Jens Mohrherr

KOMMENTAR

Herrscherstrategien

Seit jeher werden wir von einer Minderheit strategisch beherrscht, häufig sogar manipuliert. Herrschende sorgen raffiniert, mitunter gewissen- und rücksichtslos für eigene Bedürfnisse und Vorteile. Der Drang ins Superlative von Egoisten ist unstillbar. Das trifft uns nicht nur in politischen Angelegenheiten, sondern zunehmend auch in finanziellen, wirtschaftlichen und privaten Bereichen. Einfluss- und Beherrschungsstrategien sind nicht immer human, gerecht und legal. Folgen belasten das Volk. Urheber werden selten zur Rechenschaft gezogen.

Der Weg vom primitiven Faustrecht zu vernunftgesteuerten rechtsstaatlichen Regelungen war opfer- und erkenntnisreich. Zunächst war wohl körperliche und geistige Überlegenheit die Voraussetzung, sich gegenüber Mitmenschen Vorteile zu verschaffen. Gespenster- und Geisterangst kam Herrschaftsstrategien sehr entgegen. Völkergruppen kannten 278 Götter, die ihr Leben beeinflussten. Subtile Dogmen der Propheten und Religionsführer zogen Gläubige in ihren Bann. Suggestierte himmlische Paradiesfreuden und höllische Fegefeuerqualen be-

währten sich als wirksame Beherrschungsstrategien. Kostenträchtige Sakramente und Ablasshandel steigerten Reichtum der „Erfinder“ und Armut der Opfer.

Mittel und Methoden wurden immer ausgefeilter. Herrschertitel und Statussymbole erlangten Einfluss auf Größe des beherrschten Gebietes und die Zahl der Abhängigen. Geistliche, Fürsten, Kaiser und Könige – von Gottes Gnaden! – glänzten nicht nur durch Prunkgewänder, sie beeindruckten mehr noch durch Sakralbauten, Paläste, Burgen und Schlösser. Dem Machterhalt diene das Prinzip „**Brot und Spiele**“. Im Laufe der Jahre nahm diese Sättigungs- und Ablenkungsstrategie industrielle Ausmaße an. Erst das Zeitalter der Aufklärung (17./18. Jh.) befreite Beherrschte allmählich von Aberglauben, Hexenwahn und dem blinden Gehorsam gegenüber Kirche und Obrigkeit. Man sollte seinen Kopf benutzen, um falsche Vorstellungen, Zweifel und Vorurteile zu überwinden. Nur mit dem Verstand¹⁾ war Unterdrückung zu überwinden, um Freiheit, Gleichheit und Toleranz zu erobern. Doch vernunftresistente Religionsfana-

tiker werden auch heute noch – bis zur Selbstopferung – vom Vernichtungsgebot Andersgläubiger beherrscht.

Demokratie ist als „**Herrschaft des Volkes**“ die erstrebenswerte Staatsform von Kulturvölkern. Sie gab es in Deutschland schon einmal von 1918 bis 1933. Verfasser des Grundgesetzes zogen nach dem Zweiten Weltkrieg Lehren aus der Weimarer Verfassung. Sie schufen Regeln, die allen Bürgern Freiheit und gleiche Rechte garantieren und eine Verfassungsänderung erheblich erschweren. Nun wählt das Volk sich seine Vertreter, die das Regelwerk beherrschen, das ein menschenwürdiges Leben gewährleisten soll. Vieles, das gut gedacht, ist nicht für jeden gut gemacht. Bevorzugung und Benachteiligung kann sich nicht bewähren. Volkszorn äußert sich strategisch leider oft mehr gefühls- als vernunftgesteuert.

Geld regiert die Welt! Entwicklung und Zustand bestätigen diesen Grundsatz. Etwa 15 000 Interessenvertreter beeinflussen allein in Brüssel die Gesetze, die das Europäische Parlament für fast 500 Millionen Europäer beschließt. In Berlin geben sich etwa 5000 Lobbyisten Mühe, Regeln zu



KOMMENTAR

schaffen, die ihren Interessen dienen. Diese „Selbstversorgungsstrategie“ lohnt sich auch für unsere Gesetzgeber. Mindestens 18 Millionen Euro beziehen sie jährlich durchschnittlich nebenher.²⁾ Es ist daher auch kein Wunder, dass wiederholt festgestellt und publiziert wird: „Reiche werden immer reicher und Arme immer ärmer.“ Dass es Superreichen dennoch nicht reicht, belegen Megafusionen, Steuerflucht-skandale, Finanzkrisen bei Banken, Auswüchse in Handel und Verkehr und sonstige auf Gewinn zielende Verfehlungen. Es gleicht einem Naturgesetz, dass Übertreibungen fast immer **Gegenreaktionen** auslösen. Und damit wird zunehmend die **Polizei konfrontiert**.

Bürger, die mit Staat, Politik und der daraus resultierenden Situation, oft auch mit sich selbst unzufrieden sind, werden i. d. R. Wahlverweigerer, Protestwähler und Demonstranten. Als Randalierer schaden sie der Allgemeinheit und sich selbst. Altersarmut, unbezahlbare Wohnungsmieten, Mängel bei Kinderbetreuung, Kranken- und Altenpflege enthalten ein Konfliktpotenzial, das Betroffene radikalieren kann. Sorge bereitet die enorm gestiegene Zahl gewaltbereiter Extremisten.³⁾ Dazu zählen neben den Waffen sammelnden Reichsbürgern, u. a. 680 als Gefährder eingestufte Salafisten, von denen sicher auch noch einige unter den nur oberflächlich oder nicht überprüften Asylbewerbern zu finden sind.

Beklagt wird auch, dass es in der BRD keine Volksabstimmung und keine Länderneugliederung (Art. 29 GG) gibt. Länderfinanzausgleich und unterschiedliche Regeln im Kultus- und Sicherheitsbereich der 16 Flächen- und Stadtstaaten wären vermeidbar. Durch weniger Parlamente, Regierungen, Behörden und Verwaltungen ließen sich enorme Kosten sparen.

Neue Entwicklungen bieten Missbrauch Handlungsvorsprung. Gesetzgebung, Personalanpassung und Rechtsprechung hinken hinterher.

Das Gipfeltreffen am 7. und 8. Juli in Hamburg wurde auch zum **Gipfeltreffen von Chaoten**. Aufgestauter Hass gegen die wachsende Macht von Kapitalisten entlud sich unter dem Motto „Willkommen in der Hölle“. Die so betitelte Strategie der Chaoten hatte nur zum Ziel, durch Missachtung des Versammlungsrechts, Blockaden, Widerstand und Aggressivität gegenüber Polizisten, Sachbeschädigung, Brand-

stiftung und Plünderungen die Tagung zum **Gipfel gegen den Kapitalismus** entarten zu lassen. Nach dem Ergebnis der umfangreichen Berichterstattung ist das zum großen Teil nachhaltig auch gelungen.

Warum durften verummte Chaoten des Schwarzen Blocks ihre propagierte Zerstörungsstrategie derart „erfolgreich“ durchziehen? Sie wussten, dass die Polizei den ungestörten Ablauf des Gipfeltreffens zu gewährleisten hatte und nicht überall in Hamburg spontane Zerstörungsaktionen verhindern konnte. Trotz nachgeforderter Verstärkung war nicht zu verhindern, dass Teilkräfte 21 Stunden ununterbrochen eingesetzt waren, 476 Beamte verletzt wurden und es den meisten Verbrechern gelang, sich (vorerst?) einer unverzichtbaren Sanktionierung zu entziehen. Es bleibt zu hoffen, dass viele der akustisch und visuell dokumentierten Straftaten zu Festnahme und Bestrafung weiterer Chaoten führen.

Bedauerlich bleibt leider weiterhin, dass die kontinuierliche Zunahme des Missbrauchs von Freiheitsrechten Einsatzkräften der Polizei das bewegungshinderliche und furchteinflößende, anachronistisch anmutende Erscheinungsbild mittelalterlicher Ritter aufgezwungen wurde.

Was bringt unseren Rechtsstaat derart in Misskredit? Hat die Gesetzgebung mit der Entwicklung nicht Schritt gehalten? Geht unsere Justiz mit Rechtsbrechern zu mild um? Die geschichtliche Hypothek der Diktatur bis 1945 sollte heute nicht mehr Hinderungsgrund für notwendige rechtsstaatliche Maßnahmen sein.

- 1) „Wissen ist Macht“ = Leitsatz der Aufklärung von Francis Bacon
- 2) Internet: Nebeneinkünfte von Abgeordneten
- 3) Internet: Verfassungsschutzbericht von 2017

Gerhard Kastl – Juli 2017

Anzeige

POLIZEI **DEIN PARTNER** Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Hessen haben.

Hilf uns, unsere Präventionsschriften für die GdP in Hessen zu bewerben und herauszubringen.
 Nähere Informationen erhältst du unter www.VDPolizei.de.
 Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
 Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a, 40721 Hilden

Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker

Antje.Kleuker@VDPolizei.de

www.VDPolizei.de



Polizeidienstbekleidung in Deutschland

Weiterentwicklungsnotwendigkeiten für Hessen (Fortsetzung), Teil 7: Anorak

Analog zum Diensthemd/Sommerhemd wurde bei der Einführung der blauen Uniform in Hessen an diesem Kleidungsstück keinerlei Weiterentwicklung betrieben und das Modell zur grünen Uniform zunächst lediglich umgefärbt. Dies ist bedauerlich und vor allem unverständlich, da an dieser Stelle einmal mehr die Chance vertan wurde die Uniform nachhaltig zu verbessern (was durch den Trageversuch ja angeblich beabsichtigt gewesen sei).

Der Anorak verfügt zwar über viele Taschen, das Modell an sich könnte man allerdings auch argwöhnisch und spöttisch als ‚Innendienst-Anorak‘ bezeichnen, da er für den operativen Dienst auf der Straße mit einer Vielzahl von Nachteilen verbunden ist. So schränkt alleine das Grundgewicht des Anoraks (ohne gefüllte Taschen) den Träger schon ein und man gelangt nur unter Schwierigkeiten und Aufwand im Einsatzgeschehen ungehindert an am Gürtel getragene Ausrüstung.

Auch die seitlichen Reißverschlüsse sind an dieser Stelle kaum hilfreich und ermöglichen im Grunde nur den direkten Zugriff auf die Schusswaffe. Da diese jedoch ohnehin nur die letzte Option darstellt, stellt sich der verhinderte Zugriff, beispielsweise auf Pfefferspray und Teleskopschlagstock (oder noch viel schlichter: die Handfessel), als problematisch, absolut praxisfern und in letzter Instanz sogar gefährlich dar.

Im Rahmen der im März 2014 groß verkündeten Uniform-Länderkoopera-

tion (zwischen Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland) wurde der hessische Anorak, zugunsten des rheinland-pfälzischen Modells, zum Auslaufmodell. Die damit einhergehenden Verbesserungen hielten sich dabei jedoch erneut stark in Grenzen: Die Jacke wirkt im direkten Vergleich lediglich vom Gewicht her leichter.

Leider wurden auch hier Mängel des hessischen Modells auf das rheinland-pfälzische übertragen, wie es analog bei der Windjacke der Fall ist.

Viele Nachteile ergeben sich u. a. aus dem „flatternden“ Rückenschriftzug „POLIZEI“, den man aus unbekanntem und unverständlichem Gründen nicht richtig befestigen kann (vgl. Teil 4, DP-He, Ausgabe 8-2016).

Das zieht u. a. folgende Auswirkungen nach sich: Darunter leidet die Erkennbarkeit, da die Schrift schon bei leichtem Wind durch Flattern und Umklappen nicht mehr gut ablesbar ist, es erhöht sich die Defektanfälligkeit, da das „Rücken-Fähnchen“ im normalen



Längervergleich Anorak-RLP und HE

das alte hessische und das neue rheinland-pfälzische Modell nur unbedeutend, wie bereits eingangs in Bezug auf die schlechten Zugriffsmöglichkeiten auf die am Gürtel getragene Ausrüstung beschrieben wurde. Bild 1 zeigt hier den direkten Längervergleich (mit Fokus auf den unteren Jackenabschluss) zwischen „Modell neu“ = Rheinland-Pfalz (links im Bild) und „Modell alt“ = Hessen (rechts im Bild): Bei beiden Jacken handelt es sich um die exakt gleichen Konfektionsgrößen für Männer und sie wurden an den Schultern bündig angelegt, um einen korrekten Vergleichswert zu erhalten.

Aufgrund der Länge des Anoraks (bis über das Gesäß) beginnen bereits beim Hinsetzen in den Funkwagen praktische Einschränkungen und spätestens jetzt ist es überhaupt nicht mehr möglich, sitzend auf weitere am Gürtel befindliche Führungs- und Einsatzmittel zuzugreifen, da man durch sein eigenes Körpergewicht die Jacke zusätzlich beschwert (Bild 2). Dabei sind Angriffe auf im Funkwagen sitzende Beamte nie ausgeschlossen, wie auch tragische Fälle in der Vergangenheit bundesweit bereits gezeigt haben.

Kein Wunder also, dass selbst bei Minusgraden zu beobachten ist, dass häufig die dünne Windjacke oder (wenn noch vorhanden) der Lederblouson mit diverser Unterbekleidung bevorzugt durch Beamte des Streifen-



Anorak engt beim Sitzen ein



UNIFORM



Kurze NRW-Jacke

dienstes getragen wird. Grund hierfür ist offensichtlich der, dass bei diesen Jacken ein besserer Zugriff (wenn in Bezug auf die Windjacke auch ebenfalls nicht völlig uneingeschränkt) auf am Gürtel getragene Ausrüstung gewährleistet ist. Dies kann im Ernstfall wertvolle Sekunden bringen oder gar ausschlaggebend sein, wenn es auf einen schnellen Zugriff und den Gebrauch von Einsatzmitteln ankommt.

Eine Weiterentwicklung erscheint insofern geboten, als dass man sich auf die Anschaffung einer kürzer geschnittenen Winter-/Mehrzweckjacke, z. B. in Blouson-Form, konzentrieren sollte, um operativ tätigen Kräften welche als Gruppe innerhalb der Polizei im Winter vorzugsweise auf diensttaugliche und gleichzeitig wärmende Kleidung angewiesen sind, adäquat und ihren Bedürfnissen Rechnung tragend auszustatten. Das Land Nordrhein-Westfalen hat seinen Beamten diesbezüglich eine gute Lösung zu bieten (Bild 3).

Die Verkleinerung des Bekleidungsfundus könnte auch hier eine zweckmäßige und wirtschaftliche Rolle einnehmen, indem man den Anorak und die Windjacke durch ein einziges funktionales (alle vier Jahreszeiten abdeckendes) Modell ersetzt. Eine solche Jacke könnte wie bei den bisherigen Anoraks mit einem optionalen Innenfutter versehen werden. Das vorgenannte „Blouson“-Modell der Polizei Nordrhein-Westfalen verfügt beispielsweise über ein solches, auf den operativ tätigen und uniformierten Polizeibeamten funktional zugeschnittenes Ausstattungsmerkmal (Bild 4).

Selbst wenn man, die Träger der Innendienstuniform berücksichtigt,

dieses mögliche Sparpotenzial ablehnen sollte, wäre es dennoch sinnvoll, dass es einen separat bestellbaren langen „Innendienstanorak“ gebe (unter dem man auch die Tuchjacke tragen könnte) und für die vergleichsweise zahlenmäßig größere Gruppe der operativen Uniformträger eine „Mehrzweck-Streifenjacke“ (z. B.

nach nordrhein-westfälischem Vorbild). Denn adäquate Dienstbekleidung ist man den Kolleginnen und Kollegen (die an 365 Tagen im Jahr, zu jeder Jahres-, Tages- und Nachtzeit, bei jedem Wetter sowie den widrigsten Umständen ihren Dienst versehen müssen) schlichtweg schuldig! Da kann und darf es keine zwei Meinungen geben.

Im Ergebnis lässt sich also festhalten: Gut gemeint ist nicht immer auch gut gemacht. Der Winteranorak hält zwar warm, bietet aufgrund seines unvorteilhaft langen Schnitts für den Beamten auf der Straße und beim Führen des Funkwagens jedoch taktisch und die Eigensicherung betreffend eine Reihe von Nachteilen, indem der Träger eingeschränkt wird. Somit kann man aus praktischer Sicht sowohl das hessische

Vorgängermodell des Anoraks als auch das neue rheinland-pfälzische Modell, eigentlich nur als für den Streifendienst untauglich einstufen.

Eine Winter- oder Mehrzweckjacke in Blouson-/Kurzform, wie sie beispielsweise bei der Polizei NRW eingeführt wurde, ist dringend erforderlich, da operativ tätige Kräfte in besonderem Maße auf wärmende, aber gleichzeitig auch ihre Arbeit nicht behindernde Kleidung angewiesen sind. Vor allem weil operative Kräfte die Mehrzahl der polizeilichen Uniformträger darstellen, ist es umso unverständlicher, nur einen lang geschnittenen Anorak zur Verfügung zu stellen, der offensichtlich nur einem kleinen Trägerkreis tatsächlich etwas nutzt.

Die am 12. 6. 2017 vom HSG 21 im IntraPol der hessischen Polizei angekündigte „Entwicklung einer 3-in-1-Jacke“ ist mit Blick in die Praxis schon lange überfällig. Es ist jedoch nicht unbedingt frohlockend zu lesen, dass man dort einmal mehr die Anforderlichkeit sieht „ein eigenes (neues) Modell zu entwickeln“, anstatt auf ein bereits vorhandenes und ausgereiftes Jackenmodell zurückzugreifen. Diese Philosophie scheint sich wie ein roter Faden durch die hessische blaue Uniform zu ziehen.

Ob das Endergebnis tatsächlich den Erfordernissen des operativen Dienstes Rechnung tragen wird, sowie die vorgenannten Schwachstellen und Mängel beseitigt, bleibt abzuwarten und ist zu hoffen.

Nils Döring



Innenfutter NRW-Jacke

GdP Hessen –Logistik auf Tour

Der gewerkschaftliche Erfolg, in den nächsten Jahren 1100 Kolleginnen und Kollegen mehr einzustellen, stellt uns als GdP Hessen vor immer größere logistische Herausforderungen.

Alle neuen Kolleginnen und Kollegen sollen ja bei der Berufsvertretungsstunde an allen vier Standorten in Wiesbaden, Mühlheim, Gießen und Kassel die gleichen Informationsbroschüren und Eintrittsprämien erhalten. Hier macht es sich dann schon bemerkbar, dass allein im September 655 „Neue“ anfangen sollen. So viele Kollegen wie sonst im ganzen Jahr zu beiden Einstellungsterminen im Februar und September kommen.

Um die Abdeckung der Standorte mit allen wichtigen und nötigen Materialien zu gewährleisten, haben wir uns entschlossen, in diesem Jahr große „Pack-Tage“ auf der Geschäftsstelle ausfallen zu lassen, und mit Haralad Zwick aus Mittelhessen und Dominik Kosik von der Geschäftsstelle ging es an einem Tag richtig zur Sache. Ein Sprinter war am Ende voll beladen mit unzähligen Kisten und



Material das nun alles an den beliebten Standorten verteilt wird.

Packen wir es an! Damit wir auch bei dieser Berufsvertretung die jun-

gen Kolleginnen und Kollegen von der Wichtigkeit einer guten und großen Berufsvertretung überzeugen können.

Stefan Ruppel

JUBILARE

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Martin Simon, Bezirksgruppe Frankfurt

STERBEFÄLLE

Es starben

Heinrich Bunzenthal, Kreisgruppe Kassel
Harald Josef Janßen, Kreisgruppe Fulda
Renate Gillmann-Schmidt, Paul Heydenreich,
 Bezirksgruppe Frankfurt
Bernd Krestin, Kreisgruppe Main-Kinzig
Otto Hawran, Rolf Schmidt,
 Kreisgruppe HPA
Hartmut Gaul, Kreisgruppe Marburg-Bidenkopf

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!

NACHRUf

Polizeiakademie Hessen

Wiesbaden, den 31. August 2017

Am Mittwoch, dem 30. August 2017, verstarb im Alter von 22 Jahren aufgrund eines tragischen Verkehrsunfalles Herr Polizeikommissaranwärter

Jan Maurizio Rötzhelm

Der Verstorbene wurde am 7. September 2015 in den Dienst des Landes Hessen eingestellt und absolvierte gegenwärtig sein Fachpraktikum bei der Polizeidirektion Waldeck-Frankenberg. Mit Herrn Rötzhelm verlieren wir einen geschätzten jungen Kollegen, der noch am Beginn seiner Laufbahn stand. Wir trauern mit den Angehörigen und werden sein Andenken in Ehren halten.

gez. Huth
Präsident (komm.)

gez. Ehlig
Personalrat



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hessen

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

